

Primarschulgemeinde Niederwil

Gemeindeordnung

Gemeindeordnung der Primarschulgemeinde Niederwil

vom 19.03.2024

Die Bürgerschaft der Primarschulgemeinde Niederwil erlässt gestützt auf Art. 22 Abs. 3 Bst. A des Gemeindegesetztes vom 21. April 2009² als Gemeindeordnung:

I. GRUNDLAGEN

Geltungsbereich

Art.1

Diese Gemeindeordnung regelt Organisation und Zuständigkeit der Organe der Primarschulgemeinde Niederwil sowie die politischen

Rechte der Bürgerschaft.

Gebiet

Art.2

Die Primarschulgemeinde Niederwil umfasst das im Plan im Anhang 1

zu dieser Gemeindeordnung eingezeichnete Gebiet.

Organisationsform

Art. 3

Die Primarschulgemeinde organisiert sich als Gemeinde mit

Bürgerversammlung.

Organe

Art. 4

Organe der Primarschulgemeinde sind:

a) die Bürgerschaft;

b) der Schulrat;

c) die Geschäftsprüfungskommission.

Aufgaben

Art. 5

Die Primarschulgemeinde erfüllt die ihr durch die Verfassung und

Gesetz zugewiesenen Aufgaben.

Sie kann im Rahmen des allgemeinen Schulzwecks weitere im

öffentlichen Interesse liegende Aufgaben übernehmen.

Von der Bürgerschaft der Primarschulgemeinde Niederwil erlassen am 19. März 2019, rechtsgültig geworden durch Genehmigung des Bildungsdepartementes vom......; in Vollzug ab Genehmigung durch den Kanton.

² sGS 151.2.

II. BÜRGERSCHAFT

Stellung und Zuständigkeit

Grundsatz

Art. 6

Die Bürgerschaft ist oberstes Organ. Sie berät und beschliesst an der Bürgerversammlung, soweit nicht Urnenabstimmung vorgeschrieben ist.

Sachabstimmungen

Art.7

a) an der Bürgerversammlung

Die Bürgerschaft beschliesst an der Bürgerversammlung über:

- a) Erlass und Änderung der Gemeindeordnung;
- b) Jahresrechnung;
- c) Budget;
- d) Finanzgeschäfte gemäss Anhang;
- e) Mitgliedschaft bei Gemeindeverbänden und Zweckverbänden;
- f) weitere Geschäfte nach Massgabe der Gemeindeordnung.

b) an der Urne

Art. 8

Die Bürgerschaft beschliesst an der Urne über:

- Erlas und Änderung der Gemeindeordnung, soweit ein Drittel der Bürgerversammlung für die Schlussabstimmung zur Gemeindeordnung die Urnenabstimmung verlangt;
- b) Geschäfte nach Art.7 Bst. d bis f dieses Erlasses, soweit die Bürgerversammlung im Einzelfall Urnenabstimmung beschlossen hat;
- c) Referendumsbegehren;
- d) Initiativbegehren, soweit sie nicht die Gemeindeordnung betreffen;
- e) Grundsatz- und Sachabstimmungen über die Vereinigung mit anderen Gemeinden.

Wahlen

Art. 9

a) an der Urne

Die Bürgerschaft wählt an der Urne;

- a) die Schulratspräsidentin oder den Schulratspräsidenten;
- b) die weiteren Mitglieder des Schulrates;
- c) die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission.

b) stille Wahl3

Art. 10

Für Gemeindebehörden ist stille Wahl im zweiten Wahlgang möglich.

Art.20ter Bst. c des Gesetzes über die Urnenabstimmungen, sGS 125.3



2. Bürgerversammlung

Durchführung

Art.11

Die Bürgerversammlung über Jahresrechnung und Voranschlag wird bis

15. April durchgeführt.

Bürgerschaft und Schulrat können weitere Bürgerversammlungen anordnen.

Der Schulrat setzt Ort und Zeitpunkt der Bürgerversammlung fest.

Unterlagen

Art. 12

Die Unterlagen für die Bürgerversammlung findet man auf der Homepage der

Primarschule Niederwil SG, 9203 Niederwil.

Stimmenzählerinnen

Art. 13

und Stimmenzähler

Der Schulrat bietet für die Bürgerversammlung Stimmenzählerinnen und

Stimmenzähler auf, die für die Urnenabstimmungen gewählt sind.

Orientierungs-

Art. 14

versammlung

Der Schulrat kann vor Sachabstimmungen eine Orientierungsversammlung

anordnen.

3. Fakultatives Referendum

Grundsatz

Art. 15

100 Stimmberechtigte können schriftlich verlangen, dass ein dem fakultativen

Referendum unterstehender Erlass oder Beschluss der Abstimmung durch die

Bürgerschaft unterstellt wird.

Eventualantrag

Art. 16

Der Schulrat kann einen Eventualantrag zu einer Vorlage stellen, die dem

fakultativen Referendum untersteht.

Das Verfahren richtet sich sachgemäss nach den Vorschriften des Gesetzes

über Referendum und Initiative⁴ über Initiative und Gegenvorschlag.

Amtliche Bekannt-

Art.17

machung

Der Schulrat veröffentlicht referendumspflichtige Erlasse und Beschlüsse,

einschliesslich eines allfälligen Eventualantrags im amtlichen

Publikationsorgan.

Er veröffentlicht Beginn und Ende der Referendumsfrist, die notwendige Zahl

der Unterschriften sowie den Ort, wo die Referendumsvorlage eingesehen

und bezogen werden kann.

Frist

Art. 18

Die Frist zur Einreichung des Begehrens beträgt 40 Tage seit der amtlichen

Bekanntmachung.

Verfahren

Art. 19

Der Schulrat lässt die Unterschriften durch die Stimmregisterführerin oder den

Stimmregisterführer prüfen und stellt fest, ob das Begehren zustande

gekommen ist.

Ist das Begehren zustande gekommen, so ordnet er innert 6 Monaten die

Urnenabstimmung an.

Im Übrigen gilt sachgemäss das Gesetz über Referendum und Initiative⁵.

4. Initiative

Grundsatz

Art. 20

Mit einem Initiativbegehren können 100 Stimmberechtigte schriftlich eine Abstimmung über einen Gegenstand verlangen, der in die Zuständigkeit der

Bürgerschaft fällt. Das Initiativkomitee besteht aus wenigstens 5

Stimmberechtigten.

Form und Inhalt

Art.21

Das Begehren ist als einfache Anregung zu stellen. Erlasse können in der Form des ausgearbeiteten Entwurfs beantragt werden. Das Begehren

umfasst nicht mehr als einen Gegenstand.

Prüfung der

Art. 22

Zulässigkeit Das Initiativkomitee legt das Begehren dem Schulrat zur Prüfung der

Zulässigkeit vor. Der Schulrat stellt innert 4 Monaten fest, ob das Begehren

zulässig ist.

Anmeldung und amtliche Bekannt-

Art. 23

amtliche Bekanntmachung Das Initiativkomitee meldet das Begehren innert eines Monats seit Rechtskraft

des Entscheides über die Zulässigkeit bei der Schulverwaltung an. Die Schulverwaltung veröffentlicht das Begehren unverzüglich im amtlichen

Publikationsorgan.

Einreichung

Art. 24

Die Frist zur Einreichung des Begehrens beträgt 3 Monate seit der amtlichen

Bekanntmachung des Begehrens.

Der Schulrat lässt die Unterschriften durch die Stimmregisterführerin oder den Stimmregisterführer prüfen und stellt fest, ob das Begehren zustanden

gekommen ist.

sGS 125.1



Stellungnahme des Schulrates

Art. 25

Der Schulrat beschliesst, ob er den Begehren zustimmt, ob er es ablehnt oder ob er auf eine Stellungnahme verzichten will.

Er kann einen Gegenvorschlag unterbreiten.

Stimmt der Schulrat dem Begehren nicht zu, so ordnet er innert 6 Monaten seit Einreichung des Begehrens die Abstimmung durch die Bürgerschaft an.

Ergänzendes Recht

Art. 26

Im Übrigen gilt sachgemäss das Gesetz über Referendum und Initiative⁶.

III. SCHULRAT

Zusammensetzung

Art. 27

Der Schulrat besteht aus:

- a) der Schulratspräsidentin oder dem Schulratspräsidenten
- b) 4 weiteren Mitgliedern

Die Schulratspräsidentin oder der Schulratspräsident kann Verwaltungsfunktionen ausüben.

Aufgaben

a) im Allgemeinen

Art. 28

Der Schulrat ist das oberste Leitungs- und Verwaltungsorgan der Schulgemeinde.

Er erfüllt die Aufgaben, die ihm von Gesetztes wegen zugewiesen sind, sowie unter Vorbehalt der Übertragung an nachgeordnete Stellen durch Schulordnung;

- a) Antragstellung an die Bürgerschaft;
- b) Vollzug der Beschlüsse der Bürgerschaft;
- c) Organisation und Führung der Verwaltung;
- d) Bestellung von Kommissionen;
- e) Begründung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses der Mitglieder der Schulleitung, der Lehrpersonen und der übrigen Angestellten der Schulgemeinde;
- f) Erlass des Stellenplanes im Rahmen des Voranschlages und die Klassenorganisation sowie die Zuteilung der Lehrpersonen zu den einzelnen Schulhäusern und Klassen;
- g) Visitation und Qualifikation der Lehrpersonen;
- h) Wahl der Schulärztin oder des Schulzahnarztes;
- i) Erfüllung weiterer Grundlegender Leitungs-, Planungs- und Verwaltungsaufgaben;
- j) Einreichung und Anerkennung von Klagen, Ergreifen von Rechtsmitteln und Abschluss von Vergleichen;
- k) Vertretung der Schulgemeinde nach aussen;
- Information der Öffentlichkeit über Geschäfte von allgemeinem Interesse:
- m)Erlass eines Finanzplans;
- n) Sicherstellen eines internen Kontrollsystems;
- o) Erfüllung aller weiteren Gemeindeaufgaben, für die kein anderes Organ zuständig ist.



b) Rechtsetzung Art. 29

Der Schulrat erlässt die Schulordnung sowie andere Reglemente und

schliesst Vereinbarungen ab.

Das fakultative Referendum bleibt vorbehalten. Gebührentarife und

Vollzugsvorschriften des Schulrates sind vom Referendum ausgenommen.

c) Finanzbefugnisse Art. 30

Die Finanzbefugnisse des Schulrates sowie das Verfahren für die

Beschlussfassung über neue Ausgaben und Grundstückgeschäfte richten sich

nach dem Anhang.

Geleitete Schule Art. 31

Der Schulrat bestimmt Organisation und Zuständigkeit der Schulleitung

in der Schulordnung.

Teilnahme an Art. 32

Sitzungen An den Sitzungen des Schulrates nehmen eine von den Lehrpersonen

gewählte Vertretung, sowie eine vom Schulrat bezeichnete Vertretung der

Schulleitung mit beratender Stimme teil.

IV. Geschäftsprüfungskommission

Zusammensetzung Art. 33

Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus 5 Mitgliedern.

Aufgaben Art. 34

Die Geschäftsprüfungskommission erfüllt die gesetzlich vorgeschriebenen

Aufgaben und prüft namentlich die:

a) Amts- und Haushaltsführung des Schulrates und der Verwaltung im

abgelaufenen Jahr;

b) Anträge des Schulrates über den Voranschlag für das nächste Jahr.

Sicherstellung der

Fachkunde

Art. 35

Die Geschäftsprüfungskommission stellt die angemessene fachkundige

Kontrolle des Finanzhaushalts sicher. Kann sie dies nicht selbst sicherstellen, so überträgt sie die Rechnungskontrolle einer ausstehenden fachkundigen

Revisionsstelle.

V. Schlussbestimmungen

Aufhebung bisherigen Rechts Art. 36

Die Gemeindeordnung vom 19. März 2019 wird aufgehoben.

Vollzugsbeginn

Art. 37

Die Gemeindeordnung wird mit Annahme durch die Bürgerschaft und

Genehmigung durch das Bildungsdepartement rechtsgültig.

Sie wird sofort ab Genehmigung angewendet.

Vom Schulrat erlassen am 09. Januar 2024

Die Präsidentin:

Die Schulsekretärin

Maria Rohner-Egger

Iris Koller-Stadler

Von der Bürgerschaft der Primarschulgemeinde Niederwil an der Bürgerversammlung beschlossen am: 19. März 2024

Vom Bildungsdepartement genehmigt am:

18. Juni 2024

Für das Bildungsdepartement des Kantons St. Gallen die Leitung des Dienstes für Recht und Personal.

Für das

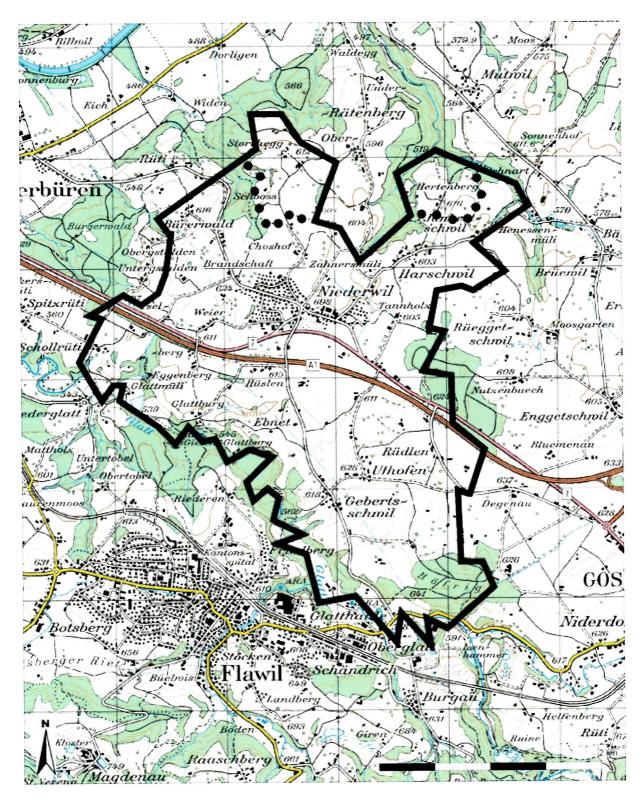
BILDUNGSDEPARTEMENT DES KANTONS ST.GALLEN Die Leiterin des Dienstes

für Recht und Personal

lic. jur. Franziska Gschwend, RA



Anhang 1: Grenzen der Primarschulgemeinde Niederwil



Erläuterungen:

Ausgezogene Linie: Grenzen der Primarschulgemeinde Niederwil Gestrichelte Linien: Abweichende Grenzen der Politischen Gemeinde (Oberbüren/Niederbüren)



Anhang 2: Finanzbefugnisse

Beträge in Schweizer Franken

Gegenstand		Schulrat abschliessend	Voranschlag	Schulrat unter Vorbehalt des fakultativen Referendums	Bürgerversammlu ng ¹
1.	Neue Ausgaben				
1.1	einmalige neue Ausgaben		bis 100'000 je Fall		über 100'000 je Fall
1.2	während wenigstens zehn Jahren wiederkehrende neue Ausgaben		bis 50'000 je Fall		über 50'000 je Fall
2.	Unvorhersehbare neue Ausgaben				
	Ausgaben oder Mehrausgaben: ²	bis 50'000 je Fall, höchstens 100'000 je Jahr		bis 100'000 je Fall, soweit nicht der Schulrat abschliessend zuständig ist	über 100'000 je Fall
3.	Dringliche oder gebundene Ausgaben	abschliessend			
4.	Grundstücke des Finanzvermögens				
4.1	Erwerb: Kaufpreis oder Anlagekosten, die im Finanzvermögen bewertet werden	bis 100'000 je Fall			über 100'000 je Fall
4.2	Veräusserung und Begründung von Baurechten: Verkehrswert oder Anlagekosten	bis 100'000 je Fall			über 100'000 je Fall

¹ Antrag in Form eines Gutachtens ² Für Mehrausgaben ist ein Nachtragskredit zu gewähren. Ausgenommen sind Mehrausgaben als Folge der Teuerung und für Gegenstände, in denen kein grösserer Ermessenbereich ist.